

Digitales Brandenburg

hosted by **Universitätsbibliothek Potsdam**

Geschichte der neuesten Zeit

1815 - 1885 ; in vier Bänden

Von 1871 bis 1885

Bulle, Constantin

Berlin, 1888

Deutschlands Stellung in Europa.

urn:nbn:de:kobv:517-vlib-6504

Deutschlands Stellung in Europa.

Machtvoll und achtungsgebietend, wie das Deutsche Reich in den Kreis der europäischen Staaten eintrat, durfte es doch nicht darauf hoffen in seiner neuen Stellung auf die Dauer unangefochten zu bleiben. „Was wir in einem halben Jahre mit den Waffen errungen haben“, sagte Moltke einige Jahre später im Reichstage, „das mögen wir ein halbes Jahrhundert mit den Waffen schützen, damit es uns nicht wieder entrissen wird: wir haben an Achtung überall, an Liebe nirgends gewonnen.“ Die bitterste Feindschaft hegte selbstverständlich Frankreich, und trotz der deutschen Truppen, die einen großen Teil des Landes besetzt hielten, machte sich dieser Haß in vielfacher, nicht selten in lächerlicher Weise Luft. Deutschen Gelehrten wurde der wissenschaftliche, deutschen Handelshäusern der geschäftliche Verkehr von ihren französischen Kollegen aufgeündigt; deutsche Arbeiter, die sich wieder nach Paris oder in die großen Fabrikstädte wagten, sahen sich leidenschaftlicher Verfolgung ausgesetzt; selbst hart an der Grenze, in Nancy, Pont-à-Mousson, Belfort kam es zu pöbelhaften Gewaltthaten gegen einzelne Deutsche, und nicht einmal die Soldaten der Befehlungsarmee waren vor menschenlichen Anfällen sicher. Eine „antipreußische“ Liga bildete sich und verzweigte sich über das Land; besondere Blätter wurden für ihre Zwecke gegründet, obgleich die gesamte Presse ohnedies in derselben Richtung wirkte; auch die hohe Geistlichkeit suchte zum Teil durch ihre Hirtenbriefe und Erlasse den nationalen Haß zu schüren.

Die Regierung der Republik hütete sich natürlich wohl offen in diesen Ton einzustimmen; vielmehr war Thiers geschmeidig genug allen ernstern Beschwerden in passender Form gerecht zu werden, und Bismarck erwiderte diese versöhnliche Haltung dadurch, daß er den Präsidenten in jeder Weise zu stützen suchte. Nicht ganz in demselben Sinne wirkte der deutsche Gesandte in Paris, Graf Harry von Arnim, der diesen Posten am 23. August 1871 angetreten hatte und Ende des Jahres zum Botschafter erhoben war. Überzeugt daß der Bonapartismus in nicht garzulanger Zeit doch die Republik wiederverdrängen werde, neigte er sich dessen Führern umso lieber zu, als diese offen Deutschlands Unterstützung suchten und nicht, wie die anderen Parteien, beständig den Rachekrieg im Munde führten. Auf die Dauer konnte dieser Widerspruch zwischen Arnims Haltung und Bismarcks Politik nicht ohne Folgen

Deutschfeindliche Stimmung in Frankreich.

Thiers und Arnim.

bleiben; der Kanzler mahnte besonders in einer Depesche vom 20. Dezember 1872 den Botschafter sehr ernstlich an seine Pflicht jede abweichende politische Anschauung zu unterdrücken. Eine monarchische Umwälzung, so setzte er auseinander, werde Frankreich wieder bündnisfähig machen und dadurch die Interessen Deutschlands schädigen, während von irgend welcher Gefahr, die für die monarchischen Institutionen Deutschlands aus der einstweiligen Fortdauer der Republik in Frankreich entspringen möchte, nicht die Rede sein könne. Thiers am Ruder zu erhalten schien ihm schon deshalb ratsam, weil das nächste deutsche Interesse, die richtige Zahlung der Milliarden, dabei am besten gesichert sei.

Die Räumungsverträge.

In der That entwickelte der Präsident in dieser Richtung einen sehr großen Eifer; je schneller die Zahlungen an Deutschland geleistet wurden, desto früher nahm die „Besudelung“ des französischen Bodens durch fremde Truppen ihr Ende, desto eher konnte Frankreich wieder als völlig unabhängiger Staat in die europäische Politik eingreifen. Eine Anleihe von $2\frac{1}{4}$ Milliarde, die dank den günstigen Emissionsbedingungen (5 Prozent Zinsen bei einem Kurse von $82\frac{1}{2}$) doppelt überzeichnet wurde, gab ihm schon im Juni 1871 die Mittel zur Zahlung der zweiten und dritten Halbmilliarde, worauf die deutschen Truppen im September die Forts von Paris und die vier nächsten Departements räumten. Sofort knüpfte er dann neue Verhandlungen an um die Beschränkung der deutschen Besatzung auf die sechs östlichen Departements zu erreichen. Der Finanzminister Pouyer-Quertier begab sich zu dem Zweck nach Berlin und brachte am 12. Oktober einen Vertrag zustande, durch welchen Frankreich den elsässischen Fabrikanten gewisse Zollerleichterungen bis Ende 1872 zusicherte, die vierte Halbmilliarde bis zum 1. Mai d. J. zu entrichten versprach und dafür nicht allein die Zurückziehung der deutschen Truppen auf die Linie Belfort-Toul-Verdun-Mezieres, sondern auch die Rückgabe eines kleinen Landstriches bei Avricourt zugestanden erhielt. Thatsächlich wurde die Zahlung der vierten Halbmilliarde noch sechs Wochen früher, als bedungen war, beendet und kurze Zeit darauf die Verhandlung über einen dritten Vertrag begonnen, der, zwischen Arnim und Thiers am 29. Juni 1872 abgeschlossen, die Zahlung der dritten Milliarde bis zum 1. Februar 1873, die der vierten und fünften bis zum 1. März 1874 und 1875 festsetzte. Der letzte Termin bedeutete eine Fristerstreckung gegenüber den bisherigen Abmachungen; allein Thiers selbst sah dies nur als eine Vorsichtsmaßregel an und gedachte das Recht der früheren Zahlung, das er sich vorbehielt, wirklich zu benutzen. Ermöglicht wurde ihm dies durch den glänzenden Erfolg der Drei-Milliarden-Anleihe vom 28. Juli 1872, die, zu $84\frac{1}{2}$ aufgelegt, um das Vierzehnfache überzeichnet wurde. Schon im Dezember war die sechste, am 1. März 1873 die siebente Halbmilliarde entrichtet, und Thiers erbot sich nun den ganzen Rest bis zum 5. September zu zahlen, wenn dagegen das noch besetzte Gebiet (außer Belfort) bis zum

5. Juli g
wünschte
Thiers n
dem urh
festzuhalt
zu beden
rung des
Bismarck
Punkte, z
hielt durc
St. Vall
beflagte
enthalte.
dieser ab
habe, un
Berlin z
schafter
Pfand n
Händen
ging ohr
pünktlich
kostenentf
etwas ü
200-Mil
in Frank
reichs n
4 453 65
Sol
Möglichst
stift zwif
vorhande
mandiere
mächtigte
gelingen
standenen
zogenen
wertvolle
klerikale
reichs ge
die Deut
in ganz
schieden
treten w
freilich v
gab, die

5. Juli geräumt werde. Bismarck ermächtigte Arnim darauf einzugehen, wünschte aber die Neutralisierung der geräumten Departements, die Thiers nur bis zum Abschluß der Zahlungen zugestehen wollte, bis zu dem ursprünglich vereinbarten Räumungstermin, dem 2. März 1874, festzuhalten. Die Art, in welcher Arnim dies durchzusetzen suchte, gab zu bedenklichen Mißverständnissen Anlaß. Statt sich auf die Abänderung des Neutralitätsparagraphen zu beschränken, ließ er aus dem von Bismarck gebilligten Entwurf, als er ihn Thiers vorlegte, auch andere Punkte, z. B. die Erwähnung von Belfort, ganz fort. Thiers aber erhielt durch den französischen Bevollmächtigten im deutschen Hauptquartier, St. Vallier, Kenntniß von dem Entwurf in der Berliner Fassung und beklagte sich nun bei Bismarck darüber, daß Arnim ihm denselben vorenthalte. Auf Bismarcks telegraphische Anfrage bei letzterem bestätigte dieser aber seine frühere Meldung, daß er das Aktenstück übergeben habe, und bewog dadurch den Kanzler die Verhandlungen plötzlich nach Berlin zu verlegen, wo sie zwischen ihm und dem französischen Botschafter Gontaud-Viron am 15. März zum Abschluß kamen; als letztes Pfand wurde statt Belfort Verdun mit zwei Etappenstationen in den Händen der Deutschen gelassen. Die Ausführung des neuen Vertrages ging ohne Schwierigkeit von statten, und am 5. September erfolgte pünktlich die Schlußzahlung, durch welche die Gesamtsumme (Kriegskostenentschädigung nebst Zinsen), die Frankreich entrichtet hatte, auf etwas über 5300 Millionen Franken stieg. Unter Einrechnung der 200-Millionen-Kontribution der Stadt Paris und der Überschüsse der in Frankreich erhobenen Steuern belief sich die Gesamtzahlung Frankreichs nach einer deutschen Abrechnung vom 13. Februar 1874 auf 4 453 653 822 Mark.

Solange die deutschen Truppen noch in Frankreich lagen, war die Möglichkeit, daß irgend ein unvorhergesehener und unbeabsichtigter Konflikt zwischen diesen und der Bevölkerung ausbrechen könne, unausgesetzt vorhanden. Der Gewandtheit und versöhnlichen Gesinnung des kommandierenden Generals von Manteuffel und des französischen Bevollmächtigten in seinem Hauptquartier, Grafen St. Vallier, war es zwar gelungen allen ernsthafteren Mißhelligkeiten vorzubeugen oder die entstandenen auszugleichen; aber trotzdem durfte man in der nunmehr vollzogenen Räumung des Landes eine Friedensbürgschaft sehen, die um so wertvoller war, als gerade um diese Zeit Thiers gestürzt wurde und die klerikale Partei einen bestimmenden Einfluß auf die Regierung Frankreichs gewann. Bei dieser aber vereinigte sich der nationale Haß gegen die Deutschen mit der tiefen Erbitterung, welche der Ultramontanismus in ganz Europa gegen die deutsche Politik hegte, seit Bismarck mit Entschiedenheit in den später zu erzählenden Kampf gegen die Kurie eingetreten war. Glücklicherweise wurden ihre kriegslustigen Bestrebungen freilich von vornherein dadurch fast ungefährlich, daß es keine Macht gab, die sich mit Frankreich hätte verbinden mögen, und ohne Bundes-

Die europäi-
schen Mächte.

genossen abermals mit Deutschland anzubinden kam doch selbst den Fanatikern kaum in den Sinn. England zu einem Kriege gegen Deutschland bewegen zu wollen wäre ein so thörichtes Vorhaben gewesen, daß davon überhaupt nicht die Rede sein konnte; Italien mochte man sich zur Not als Bundesgenossen des demokratischen Frankreichs denken können, aber sicher nicht als den Alliierten einer ultramontanen Regierung; nur Österreich oder Rußland hätten möglicherweise aus Eiferjucht auf Deutschlands Machtstellung die Neigung empfinden können mit Frankreich gemeinsame Sache zu machen. Aber gerade mit diesen beiden Mächten hatte Bismarck die freundschaftlichsten und vertraulichsten Beziehungen anzuknüpfen gewußt und dadurch dem Frieden Europas für einige Jahre eine Bürgschaft geboten, wie selbst die Zeiten der Heiligen Allianz sie nicht gekannt hatten.

Deutschland
und Rußland.

Deutschlands Verhältnis zu Rußland war ja schon seit Jahren ein ganz vorzügliches gewesen. Wie lebhaft Kaiser Wilhelm dem Zaren seine sympathische Politik während des Krieges dankte, hatte man aus dem Telegramm gesehen, mit dem er ihm am 27. Februar 1871 den Abschluß der Friedenspräliminarien anzeigte: „Preußen wird niemals vergessen, daß es Ihnen zu danken ist, wenn der Krieg nicht die äußersten Dimensionen angenommen hat. Möge Gott Sie dafür segnen!“¹ Andererseits empfing Rußland gleich seinen Lohn dafür durch die Lösung der Pontusfrage auf der Londoner Konferenz, die ihm ohne Deutschlands Unterstützung schwerlich so glatt gelungen wäre. Schon aus dieser einen Erfahrung ließ sich erkennen, daß nicht allein die Freundschaft der beiden Monarchen, sondern auch gewichtige Interessen der beiden Länder für die Fortdauer der engen Beziehungen bürgten. Wohl fehlte es in Rußland nicht an feindlichen Strömungen: der Thronfolger selbst galt für das Haupt der Deutschenhasser; allein man durfte darauf rechnen, daß er, wenn einst seine Zeit gekommen, durch die Thatfachen selbst dahingeführt werde bei seines Vaters Politik zu verharren. Dieser benutzte jede Gelegenheit um seine unveränderten Gesinnungen kundzuthun; besonders seine Toaste an dem Stiftungsfeste des St. Georgsordens, dessen ältester Ritter Kaiser Wilhelm seit einigen Jahren war, gaben der Hoffnung, daß die enge Freundschaft, die ihn und seinen Oheim verbinde, und die Waffenbrüderschaft beider Armeen, die seit einer ewig denkwürdigen Zeit bestehe, sich in den künftigen Generationen verewigen werde, lebendigen Ausdruck. Wie er bei diesem Feste fast regelmäßig hervorragende Vertreter des deutschen Heeres, die Prinzen Karl oder Friedrich Karl, den Grafen Moltke oder den Feldmarschall Manteuffel um sich sah, so besuchte er seinerseits in jedem Sommer Berlin und traf nachher noch einmal mit dem deutschen Kaiser in Ems oder einem

¹ Der folgende Abschnitt ist mit Genehmigung der Verleger im wesentlichen des Verfassers „Geschichte der Jahre 1871—77“ (Leipzig, Dunder & Humblot) entnommen, die auch sonst vielfach als Grundlage der knapperen Darstellung gedient hat.

anderen
Oheim a
war voll
Begleitun
können.
doch noch
solche We
Nicht
Krieges r
Napoleon
Daher lie
wirklich
wohl abe
im person
bereitet w
eine sehr
legenheit
Österreich
Freundschaft
wurde die
Deutsch-
pathie mi
gharen gi
der freilie
gegen Ru
deutschsein
heblichen
den Schlo
schen Red
freundlich
Josef per
den Feldm
um den S
Wochen f
der sich
marck beg
Was an
lichen Be
Dem
erfreuliche
zurücktrat
Nachfolge
Bergange
Vertrauen
leute für d

anderen rheinischen Bunde zusammen. Im Mai 1873 empfing er seinen Oheim auch zu achttägigem Besuche in Petersburg, und das Gerücht war voll davon, wie er sich in Aufmerksamkeiten gegen ihn und seine Begleitung, besonders den Fürsten Bismarck, nicht habe genug thun können. Die Hoffnungen, die man in Frankreich und anderswo hegte, doch noch einen Keil zwischen die Verbündeten zu treiben, mußten durch solche Wahrnehmungen tief erschüttert werden.

Nicht so freundlich wie mit Rußland hatte Deutschland während des Krieges mit Osterreich gestanden; wäre doch ohne das rasche Unterliegen Napoleons ein französisch-österreichisches Bündnis kaum ausgeblieben. Daher ließ sich denn auch, solange Graf Beust Reichskanzler war, kein wirklich vertrauensvolles Verhältnis zwischen beiden Ländern erhoffen; wohl aber konnte schon jetzt die vorhandene Spannung gemildert und im persönlichen Verkehre der Monarchen ein engeres Zusammengehen vorbereitet werden. Bismarck hatte diesen Umschwung Ende 1870 durch eine sehr entgegenkommende Depesche eingeleitet und Beust dadurch Gelegenheit gegeben den Delegationen frohlockend zu verkündigen: nicht Osterreich habe Deutschland seine Freundschaft angeboten, sondern diese Freundschaft sei ihm angetragen worden. Daß er sie angenommen, wurde diesseit wie jenseit der Leitha fast ausnahmslos gebilligt. Die Deutsch-Osterreichler hatten ja schon während des Krieges aus ihrer Sympathie mit ihren Stammesbrüdern kein Hehl gemacht; unter den Magyaren ging eine sehr starke Strömung zu Gunsten Deutschlands neben der freilich auch weit verbreiteten Vorliebe für Frankreich und dem Haße gegen Rußland her; die Slaven mochten mit geringfügigen Ausnahmen deutschfeindlich sein, aber sie hatten auf die auswärtige Politik keinen erheblichen Einfluß. In den Delegationen stimmte zwar der Pole Klaczko den Schlachtruf wider Deutschland an, allein er wurde von den deutschen Rednern kräftig zurückgewiesen, und Beust versicherte nochmals seine freundlichen Gesinnungen für die Neugestaltung Deutschlands. Franz Josef persönlich gab seinen veränderten Gefühlen dadurch Ausdruck, daß er den Feldmarschallleutnant von Gablenz im Juni 1871 nach Berlin sandte um den Kaiser beim Siegesinzug der Truppen zu begrüßen. Wenige Wochen später empfing er in Ischl den Besuch des deutschen Kaisers, der sich gewohnheitsmäßig zur Kur nach Gastein begab. Fürst Bismarck begleitete seinen Monarchen und Graf Beust befand sich in Gastein. Was an der vollständigen Ausöhnung noch fehlte, konnte also in mündlichen Verhandlungen nachgeholt werden.

Dennoch war es für die guten Beziehungen beider Länder ein sehr erfreuliches Ereignis, daß Beust bald darauf von dem leitenden Posten zurücktrat und als Botschafter nach London ging. Graf Andrassy, sein Nachfolger, hatte nicht erst die Erinnerungen einer preußenfeindlichen Vergangenheit zu überwinden, sondern begegnete in Berlin dem vollsten Vertrauen. Überdies war er als Ungar weit besser geeignet seine Landsleute für die Annäherung an Rußland zu gewinnen, die von einem Deutschen

Osterreich und
Rußland.

vorbereitet, den Magyaren in einem weit verdächtigeren Lichte erschienen sein würde. Die spröde Zurückhaltung, die seit Jahren das Verhältnis des Wiener zu dem Petersburger Hof und Kabinett gekennzeichnet hatte, war allerdings schon im Laufe des Sommers 1871 erheblich geringer geworden; wenn Beust im Januar den Delegationen versicherte, die Beziehungen zu Rußland hätten sich trotz der Pontusfrage nicht verschlimmert, so äußerte er sich ein halbes Jahr später dahin: sie würden sich mit der Zeit zu entschieden guten gestalten, denn es sei nicht wahrscheinlich, daß jemand gegen den Freund seines Freundes zum Feinde werde; mit anderen Worten: die Freundschaft zwischen Rußland und dem Deutschen Reiche schütze Osterreich vor feindseligen Plänen Rußlands. Trotzdem gab es wohl noch manche Schwierigkeiten zu überwinden, ehe Franz Josef und Alexander sich direkt verständigen konnten. Was zu diesem Zwecke von Berlin aus gethan wurde, trat nicht an das Licht der Öffentlichkeit; aber der Erfolg zeigte sich, als im Juni 1872 der österreichische Kaiser in Berlin ankündigen ließ, er wünsche im September den Ischler zu Besuch erwidern, und als der Zar darauf gleichzeitig mit Franz Josef in der deutschen Hauptstadt zu erscheinen versprach. So fand denn vom 5.—12. September 1872 die Dreikaiserzusammenkunft statt, die das enge Bündnis der drei östlichen Großmächte besiegelte. Auf schriftliche Abmachungen war es dabei nicht abgesehen; aber in den täglichen Besprechungen der drei Monarchen und ihrer Kanzler — denn Gortschakoff und Andrassy hatten ihre Fürsten begleitet, Bismarck war von Barzin in die Hauptstadt gekommen — wurden alle Fragen der großen Politik erörtert und die Grundlagen zu dem vertrauensvollen Einvernehmen gelegt, das den nächsten Jahren seinen Stempel aufdrücken sollte. Auch ohne daß man erfuhr, worüber und in welcher Weise sich die drei Mächte geeinigt hatten, fühlte man doch in ganz Europa die hohe Bedeutung des Vorganges; für den friedlichen Charakter des neuen Bündnisses bürgte einerseits schon die lockere Form desselben, die sich mit mündlichen Vereinbarungen begnügte, andererseits die Thatsache, daß es ein gemeinsames Angriffsziel für die drei Staaten gar nicht gab. Auch die französische Regierung, der die Zusammenkunft ja sehr unlieb sein mußte, machte gute Miene zum bösen Spiele; selbst den Toast des Zaren, der bei einem Galadiner auf das Wohl der braven deutschen Armee trank, nahm man voll Resignation geduldig hin. Die Festlichkeiten, zu denen jene Septembertage Anlaß gaben, entsprachen der erlauchten Versammlung, deren gleichen man seit dem Wiener Kongreß nicht gesehen hatte; denn außer den drei Kaisern waren viele der regierenden deutschen Fürsten, der russische Thronfolger, der Großfürst Wladimir, der Kronprinz von Sachsen und andere deutsche Prinzen in Berlin eingetroffen um dem feierlichen Akte beizuwohnen, den man nicht unzutreffend als die internationale Taufe des neuen Reiches bezeichnen hörte.

Wie sich das gute Einvernehmen der drei Kaiser weiter im einzelnen bethätigte, wird späterhin bei der Darstellung der betreffenden Vor-

Das Dreikaiser-
bündnis.

gänge zu
natürlich
mont dur
trauen zu
dadurch
diese Din
beiden R
weise. A
der And
im Herbst
nicht alle
sondern
bemerklic
Schmerli
denkliches
einem A
Kritik m
herzogs
deutschen
Versehung
worden.
nis gün
Begegnun
bot die
heit den
während
ging um
1874 sei
dort, wie
verhinder
mahlin
stellte sich
Oktober
1875 tr
burg. I
mit dem
am 8. I
Jahr üb
raturgen
helm un
erzählt.
Wo
der Öffe
nis Jah
übrigen

gänge zu erzählen sein. Versuche die Freundschaft zu stören blieben natürlich nicht aus. Schon gegen Ende des Jahres bemühte sich Grumont durch Enthüllungen über Beusts Politik im Sommer 1870 Mißtrauen zu säen; allein die deutsche Regierung, der ja schwerlich neues dadurch zur Kunde kam, ließ in den offiziellen Blättern erklären, alle diese Dinge gehörten der Vergangenheit an, während die Gegenwart die beiden Reiche mit ihren eigentlichsten Lebensinteressen auf einander anweise. Auch in Oesterreich selbst wurde ab und zu an den Grundlagen der Andrassyschen Politik gerüttelt; besonders als die orientalische Frage im Herbst 1875 wieder drohend in den Vordergrund trat, regten sich nicht allein in Ungarn die alten russenfeindlichen Tendenzen mit Macht, sondern auch unter den Deutschösterreichern machte sich eine Strömung bemerklich, die das gute Einvernehmen zu trüben drohte. Eine Rede Schmerlings im Dezember 1875 wurde sogar in Berlin für ein so bedenkliches Zeichen angesehen, daß die Provinzialkorrespondenz sie in einem Artikel, den man Bismarck selbst zuschreiben wollte, einer scharfen Kritik unterzog. Einige Monate früher hatte eine Broschüre des Erzherzogs Johann Salvator von Toskana durch ihre Mißbilligung der deutschen Allianz ein ähnliches Aussehen gemacht, war aber durch die Versehung ihres Verfassers zu einem anderen Regiment offiziell mißbilligt worden. Daß die Stimmung bei Hofe unangenehm dem Dreikaiserbündnis günstig blieb, ließ sich äußerlich am besten aus den wiederholten Begegnungen oder Begrüßungen der drei Monarchen abnehmen. So bot die Wiener Weltausstellung Anfang Juni 1873 dem Zaren Gelegenheit den österreichischen Monarchen in seiner Hauptstadt zu besuchen, während andererseits der Erzherzog Albrecht Ende Juli nach Warschau ging um den Manövern beizuwohnen und Franz Josef selbst im Februar 1874 seinen Gegenbesuch in Petersburg abstattete. Kaiser Wilhelm war dort, wie erwähnt, schon im Mai 1873 gewesen; nach Wien zu reisen verhinderte ihn bald darauf eine ernstliche Erkrankung, so daß seine Gemahlin ihn im Juni vertreten mußte; nach Beendigung seiner Badekuren stellte sich der greise Fürst aber doch noch persönlich ein und verweilte Mitte Oktober fast eine Woche bei dem österreichischen Herrscher. 1874 und 1875 trafen sich beide Kaiser im Juli wieder in Ischl, 1876 in Salzburg. Auch der Zar hatte regelmäßig in jedem Jahre eine Besprechung mit dem österreichischen Monarchen: 1875 am 28. Juni in Eger, 1876 am 8. Juli in Reichstadt; Gortschakoff und Andrassy hatten in letzterem Jahr überdies schon am 11. Mai mit Bismarck in Berlin ernstliche Beratungen wegen der orientalischen Frage gepflogen. Daß Kaiser Wilhelm und sein Neffe sich gleichfalls alljährlich begrüßten, wurde oben schon erzählt.

Was bei all diesen Zusammenkünften verhandelt wurde, entzog sich der Öffentlichkeit; allein die Ereignisse lehrten, daß das gute Einverständnis Jahre hindurch gewahrt blieb. Auch über die Beziehungen der übrigen europäischen Staaten zu der Dreikaiserallianz und besonders

Versuche der
Erklärung.

Begegnungen
der Monarchen.

zu Deutschland war zum guten Teil nichts anderes zu erkennen, als was in fürstlichen Besuchen als untrüglichen Symptomen zu Tage trat. Von besonderer Wichtigkeit war die Stellung Italiens. Deutschland hatte nicht eben Grund mit dem früheren Verhalten des Florentiner Kabinetts zufrieden zu sein; aber es trug ihm seine Hinneigung zu Frankreich ebensovienig nach wie der österreichischen Regierung. Die Beziehungen zwischen den beiden Höfen gestalteten sich immer enger. Im Februar 1872 machte Prinz Friedrich Karl einen Besuch in Rom, den der Kronprinz von Italien mit seiner Gemahlin im Mai in Berlin erwiderte. Reichlich ein Jahr später, im September 1873, entschloß sich Viktor Emanuel selbst zu einer Reise nach Wien und nach Berlin; die Gegenbesuche aber ließen das ganze nächste Jahr hindurch vergebens auf sich warten, und als sie 1875 erstattet wurden, begab sich weder der österreichische noch der deutsche Kaiser nach Rom; jener begrüßte den König von Italien am 5. April in Venedig, dieser am 18. Oktober in Mailand. Die Gründe dafür waren begreiflich genug; kamen die Monarchen nach Rom, so war es ebenso unthunlich den Papst ganz unbeachtet zu lassen wie Höflichkeiten mit ihm auszutauschen. Eine besondere Genugthuung mochten die Italiener darüber empfinden, daß Franz Josef sich entschließen konnte ihren König gerade in der Stadt zu begrüßen, die ihm einst gehorcht hatte; und was den deutschen Kaiser anbetrifft, so war bei dessen hohem Alter die weite Reise über die Alpen schon eine so große Aufmerksamkeit, daß die Italiener sie ihm mit Recht hoch anrechneten; überdies aber hatte auch der Kronprinz bereits im April 1875, als sein Vater die schon damals beabsichtigte Reise sei es aus politischen, sei es aus Gesundheitsrücksichten verschieben mußte, den König in Neapel besucht und dadurch alle Empfindlichkeiten beschwichtigt. Beide Kaiser, besonders aber der deutsche, wurden von der Bevölkerung Oberitaliens mit den lebhaftesten Huldigungen empfangen; es war ein Triumphzug von der Grenze bis hierher, telegraphierte Kaiser Wilhelm an seine Gemahlin, aber der Einzug in Mailand spottet aller Beschreibung, ich habe in meinem ganzen Leben nie etwas ähnliches gesehen. In der That war ja beiden Nationen nicht bloß der Kampf gegen die Ausschreitungen des Ultramontanismus gemeinsam, sondern sie hatten auch gleich große Ursache Frankreich gegenüber auf der Hut zu sein. Dennoch war in beiden Beziehungen ihre Stellung auch wieder sehr verschieden. Deutschland hatte von keiner Partei in Frankreich Gutes zu erwarten, war in keiner Hinsicht Frankreich zu Danke verpflichtet; der Italiener konnte doch der Dienste, die das bonapartistische Kaisertum ihm geleistet, nicht vergessen und hoffte von den Republikanern die unumwundene Anerkennung seiner politischen Einheit; seine Annäherung an Deutschland war mehr Sache des Verstandes als der Empfindung, und so oft in Paris eine antiklerikale Strömung obenauf kam, brach sich in Italien die instinktive Vorliebe für die Franzosen wieder Bahn. Was aber den Kampf mit Rom anlangte, so herrschte jenseit der Apenninen fast unumschränkt das Cavour'sche Schlag-

wort von
gesetzgebun
oft genug
aber als
Deutschla
italienisch
als eine
übel aufge
marck Kle
stücke und
Urheber
des Min
ähnliche
neuen S
Italiener
diehen de
wohl abe
sie zu st
Frankreic
mehr an

Auch
Zu eigen
Deutscher
Kampf g
tischen W
gab. D
betrachtet
sehen w
doch sehr
hatte dur
daß Ruß
daß es e
diese miß
burg mit
genug.
Kabinetts
sie zu er
Bedeutun

Und
des Köni
König
Deutschl
machte,
nach Pe
Einfluß

wort von der freien Kirche im freien Staat; die deutsch-preussische Kirchengesetzgebung der letzten Jahre fand nur geringes Verständnis und wurde oft genug als gewalttham und tyrannisch verschrieen, fast ausnahmslos aber als für Italien gänzlich ungeeignet angesehen. Wenn man sich in Deutschland darüber beklagte, daß der Papst sich unter dem Schutze der italienischen Gesetze die heftigsten Angriffe erlauben durfte, so wurde das als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Königreiches übel aufgenommen, und derselbe Gesichtspunkt war maßgebend, als Bismarck Klage führte über eine Schrift Lamarmoras, die vertrauliche Aktenstücke und diplomatische Geheimnisse veröffentlicht hatte, ohne daß dem Urheber dafür eine andere Strafe zu teil geworden wäre als der Tadel des Ministers im Parlament; selbst daß nachträglich ein Paragraph, der ähnliche Dinge in Zukunft unmöglich machen sollte, in den Entwurf des neuen Strafgesetzbuches aufgenommen wurde, galt in den Augen vieler Italiener als eine demütigende Nachgiebigkeit. Zu voller Herzlichkeit gediehen deshalb die Beziehungen zwischen Deutschland und Italien nicht; wohl aber wurden sie mehr und mehr von den Hemmnissen befreit, die sie zu stören drohten, und die Gefahr, daß Italien sich gelegentlich mit Frankreich gegen Deutschland verbünden könnte, verlor von Jahr zu Jahr mehr an Wahrscheinlichkeit.

Auch die Beziehungen zu England waren im ganzen recht kühl. England. Zu eigentlichen Konflikten lag kein Anlaß vor; die Machtstellung des Deutschen Reiches flößte den Engländern Respekt genug ein; für den Kampf gegen Rom erwachte sogar bei einem beträchtlichen Teile des britischen Volkes eine lebhafte Sympathie, die sich in großen Meetings kundgab. Das Dreikaiserbündnis wurde in London mit wenig Wohlgefallen betrachtet, teils weil man darin ein Wiederaufleben der heiligen Allianz sehen wollte, teils weil die Abneigung gegen Rußland, dem dasselbe doch sehr zu statten kam, im Wachsen war. Schon die Pontusfrage hatte durch die Lösung, welche sie fand, die Engländer sehr verdrossen; daß Rußland weiterhin in Mittelasien seine Herrschaft ausdehnte und daß es endlich die orientalische Frage wieder in Fluß brachte, steigerte diese mißgünstige Stimmung; die Vermählung des Herzogs von Edinburgh mit einer russischen Großfürstin wog als Gegengewicht nicht schwer genug. So hielt sich England also abseits von der Politik des Berliner Kabinetts, im allgemeinen ohne sie zu durchkreuzen, aber doch nicht ohne sie zu erschweren, während sein Beitritt zu derselben von der größten Bedeutung hätte werden müssen.

Unter den Staaten zweiten Ranges zeigte Schweden nach dem Tode Schweden. des Königs Karl XV. eine sichtliche Hinneigung zu dem Dreikaiserbündnis. König Oskar war im Gegensatz zu seinem Bruder ein erklärter Freund Deutschlands. Den Besuch, welchen ihm der Kronprinz im August 1873 machte, erwiderte er im Juni 1875 in Berlin und reiste von da auch nach Petersburg, wo man darüber sehr erfreut war. Schwedischem Einfluß wollte man auch die Annäherung Dänemarks an Deutschland

Dänemark. zuschreiben. Als der Kronprinz auf der Rückreise von Stockholm nach Malmö kam, machte er von dort am 17. August 1873 auf Einladung des dänischen Königs einen Abstecher nach Kopenhagen. Dabei mochte die nord-schleswigsche Frage vertraulich besprochen und bei den Dänen einige Hoffnung auf eine günstige Lösung erwacht sein. Wenigstens führte man es darauf zurück, daß der dänische Kronprinz im Oktober, während Kaiser Wilhelm in Wien war, sich ebenfalls dorthin begab und von dem deutschen Herrscher empfangen wurde. Im folgenden Jahre kam er sogar zweimal, im Februar und Oktober, nach Berlin und wohnte als Gast beim Kronprinzen; auch wurde eine Verlobung mit der Tochter des Erkönigs von Hannover, die er vorhatte, aufgegeben: die nord-schleswigsche Frage aber blieb unverändert auf dem bisherigen Punkte stehen und über die Verhandlungen, die etwa gepflogen sein mochten, drang nichts in die Öffentlichkeit.

Holland. Kaum weniger unfreundlich als das dänische Volk hatte sich in seiner großen Mehrheit das niederländische dem Deutschen Reiche gegenübergestellt; die französischen Einflüsterungen, als ob Bismarcks Pläne darauf gerichtet wären Holland zu erobern, wurden durchaus nicht mit dem gebührenden Spotte zurückgewiesen; vielmehr waren Verteidigungsanstalten und Rüstungen lange Zeit hindurch der regelmäßige Stoff der öffentlichen Diskussion in Presse und Parlament. Noch stärker als im Volke war aber dieses Mißtrauen und diese Abneigung gegen Deutschland am Hofe; zumal bei der Königin, die ihre württembergische Herkunft völlig vergessen zu haben und ganz zur Französin geworden zu sein schien. Es dauerte lange, ehe man sich im Haag entschließen konnte dem mächtigen Nachbar freundlich entgegenzukommen; erst im Juni 1874 fand in Ems eine Begegnung des Königs Wilhelm mit seinem kaiserlichen Namensvetter statt, und auch nachher blieb das Verhältnis des oranischen Hauses zu den Hohenzollern trotz der historischen und verwandtschaftlichen Bande, die beide verknüpften, ein kühles. In dem niederländischen Volke dagegen wollten aufmerksame Beobachter eine allmähliche Umstimmung wahrnehmen, und die Vermehrung der Verkehrswege zwischen beiden Ländern bot nicht allein zum Austausch offizieller Freundschaftsversicherungen Anlaß, sondern auch die Gelegenheit zu öfterer Berührung beider Nationen und damit wohl auch zur Beseitigung des Vorurteils, als ob Deutschland Gelüste nach der Zuyder-Zee trage.

Belgien. Mit Belgien hätte das Deutsche Reich eigentlich auf dem allerbesten Fuße stehen sollen; denn wenn irgend ein Land, dann hatte dieses durch die Niederlage Frankreichs eine neue Bürgschaft für seine Selbständigkeit gewonnen. Gleichwohl sympathisierte ein großer Teil des Volkes aus nationalen Gründen mit den Franzosen, während die mächtige ultramontane Partei in Deutschland den Feind ihrer klerikalen Gelüste haßte. Die heftige Sprache ihrer Presse, die Hirtenbriefe und sonstigen Kundgebungen ihrer Bischöfe, besonders ein Schreiben des Erzbischofs Dechamps von Mecheln an Ledochowski, wurden von den offiziellen Berliner Zei-

tungen sel
nicht zu
Januar 1
Ruder wä
amtlichen
nicht; der
mahnte —
Öffentlich
ein ander
1873 hat
lich dem
60 000 F
diesen un
in Berlin
wurde, n
er sich u
Brüsseler
gebung d
strast wer
1875, da
mont abe
dere, bes
wenn an
Belgien
Zugleich
hängigkeit
und sich
allerdings
gebungen
November
erhoben
zum Geg
wo Deut
vom 15.
gischen
deren Er
verpflicht
Anstalten
allerdings
d'Aspre
denen Au
Die Füh
lich am
der Mini
klerikalen



tungen sehr scharf zurückgewiesen; man wolle der belgischen ^{Pressefreiheit} nicht zu nahe treten, meinte die Norddeutsche Allgemeine Zeitung im Januar 1874; aber wenn statt der klerikalen die liberale Partei am Ruder wäre, würden solche Ausschreitungen gewiß nicht vorkommen. Zu amtlichen Beschwerden des Berliner Kabinetts kam es übrigens damals nicht; der Minister des Auswärtigen, Graf d'Aspremont-Lynden, ermahnte — völlig ungezwungen, wie er versicherte — die Organe der Öffentlichkeit zur Mäßigung und beschwor dadurch den Sturm. Allein ein anderer war gleichzeitig im Heraufziehen begriffen. Im September 1873 hatte sich ein Kesselschmied in Seraing, Namens Duchesne, brieflich dem Erzbischof von Paris gegenüber erboten gegen Zahlung von 60 000 Franken Bismarck zu ermorden. Der französische Prälat hatte diesen und zwei folgende Briefe seiner Regierung übergeben, die davon in Berlin Mitteilung machte. Bei der Untersuchung, die darauf angestellt wurde, wollte Duchesne die Sache als einen schlechten Wit, auf den er sich unbedachtamerweise eingelassen habe, darstellen, während das Brüsseler Kabinett erklärte, daß nach dem Stande der belgischen Gesetzgebung das Anerbieten zum Morde, sofern es abgelehnt sei, nicht bestraft werden könne. Darauf forderte eine deutsche Note vom 3. Februar 1875, daß diese Lücke des Strafrechts ausgefüllt werde; Graf d'Aspremont aber lehnte das ab und meinte, ein Gesetz, wie Bismarck es fordere, bestehe nirgends und widerspräche den Sitten unserer Zeit; nur wenn andere Staaten mit dem Erlaß desselben vorangingen, würde Belgien wahrscheinlich folgen; die Initiative könne es nicht ergreifen. Zugleich erhob sich ein großes Geschrei, daß Deutschland die Unabhängigkeit Belgiens mißachte, daß es die Pressefreiheit unterdrücken wolle und sich in die inneren Angelegenheiten des Nachbarstaates mische; denn allerdings waren jetzt auch wegen der aufkeimenden klerikalen Kundgebungen, die in einer Adresse an den Bischof von Paderborn im November 1874 ihren Gipfelpunkt erreicht hatten, ernste Beschwerden erhoben worden. Selbst im englischen Parlamente wurde die Sache zum Gegenstande von Verhandlungen gemacht, indes erst zu einer Zeit, wo Deutschland jede solche Mißdeutung schon durch eine zweite Note vom 15. April zurückgewiesen hatte. Unter voller Anerkennung der belgischen Neutralität wiederholte Bismarck darin seine Forderung, zu deren Erfüllung Belgien gerade durch seine Ausnahmestellung doppelt verpflichtet sei; außerdem fügte er hinzu, daß in Deutschland bereits Anstalten getroffen würden die betreffende Lücke des Strafrechts, die sich allerdings auch dort finde, auszufüllen. Nichtsdestoweniger antwortete d'Aspremont am 30. April abermals ausweichend und erst dem entschiedenen Auftreten der Linken gelang es ihn zum Einlenken zu bewegen. Die Führer derselben, Frère-Orban und Orts, brachten die Sache nämlich am 7. Mai 1875 in der Kammer zur Sprache und forderten, daß der Ministerpräsident Malou die Ausschreitungen der Bischöfe und der klerikalen Presse offen mißbillige. Da nun Malou sich dem nicht wohl

entziehen konnte, beantragten die Liberalen weiter, daß die Kammer sich dieser Mißbilligung anschließen solle, und so sehr die ultramontane Majorität sich dagegen sträubte, mußte sie doch nachgeben, weil sie anderenfalls ihrem Ministerium ein Mißtrauensvotum erteilt hätte. Mit Einstimmigkeit wurde also ein Beschluß in diesem Sinne gefaßt, dem auch der Senat beitrug. Nun teilte die Regierung am 23. Mai, indem sie die Akten der Untersuchung gegen Duchešne, insbesondere das freisprechende Erkenntnis des Lütticher Gerichtshofes, dem Berliner Kabinett übersandte, ihren Entschluß mit einer Strafgesetznovelle bei den Kammern zu beantragen, durch die künftig Freisprechungen derart unmöglich gemacht werden sollten, und da beide Kammern der Vorlage Anfang Juni zustimmten, war der Streitpunkt damit aus dem Wege geschafft.

Die Schweiz.

Sehr freundlich waren ausnahmslos die Beziehungen zu der Schweiz. Obwohl innerhalb ihrer Grenzen eines der erbittertsten Pressorgane der Deutschenhasser, die *Correspondance de Genève*, erschien und viele Feinde der Bismarckschen Politik, die aus Deutschland fliehen mußten, sich in der Eidgenossenschaft niederließen, so konnte daraus doch kein Mißtrauen entstehen, da, von Deutschland abgesehen, der Kampf gegen den Ultramontanismus nirgends so energisch geführt wurde wie in der Schweiz. Daß es auch unter den Einheimischen viele Gegner des Deutschen Reiches gab, trat freilich oft genug zu Tage; aber die offizielle Politik, die Sprache der bedeutendsten Zeitungen und die Stimmung der Majorität unter den Bürgern war dem Deutschen Reiche sympathisch. Für den Wert, den man in Berlin auf das gute nachbarliche Einvernehmen legte, sprach unter anderem die reichliche Unterstützung, die man für den Bau der Gotthardbahn bewilligte. Nach dem Vertrage von 1871 trugen Deutschland und die Schweiz je 20, Italien 45 Millionen Franken à fonds perdu zu dem großen Unternehmen bei; die Gesamtkosten wurden auf 187 Millionen geschätzt; für die 102 Millionen, die in Aktien emittiert werden sollten, rechnete man auf eine Verzinsung von 7 Prozent. Fünf Jahre später stellte sich aber heraus, daß die Kosten um mehr als 100 Millionen zu gering angenommen seien. Einer Kommission des Bundesrates gelang es durch Ersparungen und Weglassung einiger Zweiglinien das Defizit auf 71 oder selbst 59 Millionen herabzumindern; aber nur einen Teil dieser Summe konnte man noch aus den mutmaßlichen Erträgen verzinsen und also im Wege der Anleihe aufnehmen; für den Rest bedurfte man weiterer Staatszuschüsse. Nach langen Verhandlungen verpflichteten sich Deutschland und Italien am 12. März 1878 zu einer weiteren Zahlung von je 10 Millionen, worauf der Bau dann glücklich zu Ende geführt und die Bahn im Jahre 1882 eröffnet werden konnte.

Griechenland.

Zu den Staaten der Balkanhalbinsel stand Deutschland nur in ziemlich lockeren Beziehungen. Mit Griechenland wurde im April 1874 die sogenannte Olympiakonvention abgeschlossen, durch welche die Reichsregierung das Recht erwarb auf dem Boden des alten Olympia Aus-

grabungen
Mit Serb
Belgrader
seit Jahr
Agenten
treter inf
Milan an
bald in d
Regierung
Fürst Ca
hungen z
sprechen f
ist schon
Mädchen
Glauben
und den
und Mo
islamitisc
dings ver
eine Unte
der franz
den wirk
strafung
sein zu f
Kontread
mächte er
Pforte d
den Kom
lassen, z
Degradat
Degradat
und fran
unter Sc
werden;
bedeutend
Die
reicht we
um ähnl
schreiten.
späterer
Kapitän
cia, Gal
später d
Hände de
infolged

grabungen zu veranstalten, die von dem reichsten Erfolge belohnt waren. Mit Serbien gab es im Februar 1875 einen leichten Konflikt, weil das Belgrader Ministerium den deutschen Generalkonsul Rosen, der schon seit Jahren bei ihm beglaubigt war, dem neuangekommenen politischen Agenten Frankreichs im Range nachstellen wollte; da der deutsche Vertreter insolgedessen abreiste, und Oesterreich, dessen Vermittelung Fürst Milan anrief, zu Gunsten Deutschlands entschied, wurde der Etikettestreit bald in diesem Sinne beigelegt. Rumänien gegenüber zeigte die deutsche Regierung große Zurückhaltung um dem vielverbreiteten Gerede, daß Fürst Carol ihr Agent sei, keine Nahrung zu geben. Über die Beziehungen zur Türkei wird bei der Darstellung der orientalischen Frage zu sprechen sein. Nur der ernste Zwischenfall des Konsulmordes in Saloniki ist schon hier zu erwähnen. Als am 6. Mai 1876 ein bulgarisches Mädchen nach Saloniki gebracht wurde um dort den muhammedanischen Glauben anzunehmen, entstanden blutige Konflikte zwischen den Griechen und den Türken. Die Konsuln Deutschlands und Frankreichs, Abbot und Moulin, die vermittelnd einschreiten wollten, wurden von dem islamitischen Pöbel in eine Moschee gelockt und dort ermordet. Allerdings versprach nun die Pforte sogleich volle Genugthuung und sandte eine Untersuchungskommission, der zwei Mitglieder der deutschen und der französischen Botschaft beigegeben wurden, nach Saloniki; auch wurden wirklich einige Schuldige hingerichtet, von einer ernstlichen Bestrafung der arg kompromittierten Behörden schien aber nicht die Rede sein zu sollen. Deshalb ging ein deutsches Geschwader unter Befehl des Kontreadmirals Batsch in das Mittelmeer ab; auch die übrigen Seemächte entsandten fast alle einige Schiffe, und dieser Druck bewog die Pforte das erste Urtheil, welches den Gouverneur, den Polizeichef und den Kommandanten von Saloniki mit leichten Strafen hatte entschließen lassen, zu kassieren und ein neues Kriegsgericht einzusetzen, das auf Degradation der Schuldigen und schwere Gefängnisstrafen erkannte. Die Degradation mußte am 21. August in Saloniki in Gegenwart deutscher und französischer Kommissäre vor den Augen der türkischen Truppen unter Salutschüssen für die Flaggen der beleidigten Mächte vollzogen werden; an die Angehörigen der ermordeten Konsuln hatte die Türkei bedeutende Geldsummen zu zahlen.

Diese Genugthuung hatte doch immer durch bloße Drohungen erreicht werden können; in Spanien aber mußte ein deutsches Geschwader um ähnliche Unbilden zu rächen wirklich zur Anwendung von Gewalt schreiten. Im einzelnen werden wir auch dieser Vorgänge besser an späterer Stelle gedenken und hier nur kurz erwähnen, wie im Juli 1873 Kapitän Berner vor Cartagena das Haupt der Insurgenten von Valencia, Galvez, mitsamt seinem Schiffe als Piraten abfing, wie ein Jahr später der Hauptmann Schmidt, der als Kriegskorrespondent in die Hände der Karlisten gefallen war, von diesen erschossen wurde, und wie insolgedessen Bismarck einerseits die republikanische Regierung unter

Serbien.

Rumänien.

Die Türkei.

Spanien.

Serrano anerkannte und ihre Anerkennung seitens der übrigen Mächte bewirkte, andererseits aber ein paar Kanonenbote an die baskische Küste sandte, die mit den Strandbatterien der Karlisten mehrfach plänkelten. Unter der Regierung des Königs Alfonso fehlte es auch nicht ganz an Mißthelligkeiten, doch wurden dieselben zu Gunsten Deutschlands beigelegt: für die von den Karlisten zerstörte Brigg Gustav zahlte Spanien die verlangte Entschädigung; die in Kuba ansässigen Deutschen wurden von der Kriegsteuer, die ihnen vertragswidrig auferlegt werden sollte, befreit; bei der schutzzöllnerischen Umgestaltung des spanischen Tarifes wurden die Ansprüche, die Deutschland aus früheren Verträgen herleitete, respektiert.

Transatlan-
tische Staaten.

In den transatlantischen Gewässern hatte die deutsche Flotte auch mehrfach für die Interessen des Reiches und seiner Angehörigen einzustehen, wobei es gelegentlich unangenehme Konflikte zwischen der Mannschaft und den Lokalbehörden, wie 1872 in Rio de Janeiro oder später in Santos, gab, und auch blutige Schlägereien mit französischen Matrosen (in Smyrna und Japan) nicht ausblieben. Zu wirklichen Feindseligkeiten kam es im Juni 1872 in Haiti, wo die Regierung sich weigerte den Forderungen eines deutschen Kaufmanns gerecht zu werden. Eine deutsche Schraubenvorvette, Kapitän Batsch, nahm darauf zwei haitische Korvetten weg und erzwang die Erfüllung der deutschen Forderungen. Gegen das Seeräuberwesen in den chinesischen Gewässern waren jahraus jahrein einige flachgehende Fahrzeuge dort stationiert, die jede Beeinträchtigung des deutschen Handels zu verhüten oder zu rächen wußten. Vorübergehend schien es 1876 zu ernsteren Verwicklungen kommen zu sollen, da die chinesische Regierung die Entschädigung für zerstörtes deutsches Eigentum verweigerte. Deutschland knüpfte Verhandlungen mit den übrigen am ostasiatischen Handel beteiligten Seemächten an, und ein vereinigt Geschwader würde die Chinesen zur Nachgiebigkeit gezwungen haben, wenn sie nicht rechtzeitig eingelenkt hätten. Zu Japan, Siam und überhaupt zu den übrigen asiatischen Staaten blieben die Beziehungen durchweg sehr gute; der persische Herrscher besuchte auf seiner europäischen Reise im Juni 1873 auch Berlin und schloß einen Handelsvertrag ab, der Deutschland mit Rußland und England auf eine Linie stellte. Überhaupt machte sich im Auslande die veränderte Machtstellung Deutschlands überall bemerklich; die politischen Vorbedingungen für eine erfolgreiche Ausdehnung des deutschen Handels waren in höherem Maße als bisher gegeben. Wenn die Idee hier oder dort Kolonien anzulegen auch zuerst noch von der Reichsregierung verworfen wurde, so waren doch die deutschen Kriegsschiffe beständig in Bewegung um die deutsche Flagge zu zeigen, und Freundschafts- und Handelsverträge sicherten dem deutschen Kaufmann in den verschiedensten Ländern Schutz und Freiheit. Wie dankbar das in den transatlantischen Häfen anerkannt wurde, zeigte sich bei vielen Gelegenheiten; die Deutschen im Auslande empfanden den Segen der deutschen Einheit beinahe

stärker als
jem Sinn
lande das
und lief
unaufhör
leicht auf
währte,
Krieg für
trauensve
im Bewu
daß irgen

Dies
Einmütig
hatte, no
der in d
Lager sch
waren fr
haften G
Mehrheit
mit Siche
nationall
zählten.
wie bish
Miquel,
Süddeut
einflußre
Reichspa
Patow, L
und Rog
zählenden
rakter un
Graf Mi
ihre bed
haltenden
und dies
heit zu.
Fortschri
Beistand
wie Mo
punkt.
einer ho
und dem

stärker als die in der Heimat und ließen es an Kundgebungen in diesem Sinne nicht fehlen. Doch machte unverkennbar auch im Mutterlande das Bewußtsein der eigenen Stärke sich mehr und mehr geltend und ließ die Befürchtung von Friedensstörungen, die bis 1870 fast unaufhörlich die Geschäftswelt beunruhigt hatte, nach und nach weniger leicht aufkommen. Solange das Dreikaiserbündnis seine Festigkeit bewährte, durfte man mit gutem Vertrauen einen großen europäischen Krieg für ausgeschlossen erachten; und selbst wenn das intime Vertrauensverhältnis der drei Mächte erschüttert wurde, konnte Deutschland im Bewußtsein der eigenen Kraft es ruhig darauf ankommen lassen, daß irgend ein Staat es wagen würde mit ihm anzubinden.

Der Kulturkampf.

Diese Gewißheit war von um so größerem Werte, als die erhebende Einmütigkeit, die während des französischen Krieges die Nation belebt hatte, noch vor dem Friedensschlusse einem inneren Zwiste gewichen war, der in den nächsten Jahren das deutsche Volk in zwei große feindliche Lager scheiden sollte. Die Wahlen zum ersten deutschen Reichstage waren freilich in dem größten Teile Deutschlands noch unter dem lebhaften Eindruck der großen Siege vollzogen worden und hatten eine Mehrheit ergeben, auf die man für die innere Befestigung des Reiches mit Sicherheit rechnen konnte. Den Kern derselben bildete wiederum die nationalliberale Partei, zu der sich 116 von den 376 Abgeordneten zählten. Neben den Altpreußen wie Lasker, Forckenbeck, Rickert traten wie bisher die Hannoveraner und andere Neupreußen wie Bennigsen, Miquel, Braun in ihr bedeutsam hervor; aber es fehlte auch nicht an Süddeutschen wie Bamberger, Stauffenberg, Kieser, die bald in ihr eine einflußreiche Rolle spielten. Ein wenig mehr nach rechts stand die liberale Reichspartei, zu deren 29 Mitgliedern die früheren preußischen Minister Patow, Bernuth, Bonin neben süddeutschen Staatsmännern wie Hohenlohe und Roggenbach gehörten. Sie bildeten den Übergang zu der 38 Mitglieder zählenden deutschen Reichspartei, die einen ausgeprägt aristokratischen Charakter und daher auch ein konservatives Gepräge trug: der Herzog von Ujest, Graf Münster, von Reudell, Bethusy-Huc, Kardorff, Friedenthal waren ihre bedeutendsten Kräfte. Den 183 Mitgliedern dieser drei eng zusammenhaltenden Parteien fehlten nur 6 Stimmen an der absoluten Majorität und diese fielen ihnen schon aus der Mitte der 27 Wilden mit Sicherheit zu. Überdies aber konnten sie meist auch auf die Unterstützung der Fortschrittspartei rechnen, der 44 Mitglieder beitraten, und wenn deren Beistand versagte, boten zum Ersatz bei den 50 Konservativen Männer wie Moltke, Blanckenburg, Denzin einen nicht minder sicheren Stützpunkt. Die entschieden oppositionellen Parteien befanden sich daher in einer hoffnungslosen Minderheit. Sie setzten sich aus den 13 Polen und dem Dänen Kryger, aus den beiden Sozialdemokraten Bebel und

Die Wahlen
zum ersten
Reichstage.